

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortlicher Redakteur: S. Rosner in Stettin.
Drucker und Verleger: A. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M. vierteljährlich.

Agenturen in Deutschland: in allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thiens, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heine, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 26. Juni. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Das fünfundsingzigjährige Regierungsjubiläum Sr. Majestät des Königs Karl von Württemberg vereinigt heute nicht nur die Untertanen des Königs zu freudigen Kundgebungen aufrichtiger Dankbarkeit, sondern bildet in allen deutschen Landen den Gegenstand herzlichster Theilnahme. Unter König Karls weiser Regierung hat das württembergische Land auf allen Gebieten des geistigen und wirtschaftlichen Lebens einen mächtigen Aufschwung genommen und zugleich diejenige Stellung in der neuen Staatengemeinschaft des deutschen Reichs erhalten, welche es ihm ermöglicht, an den gemeinsamen Aufgaben thätig mitzuwirken, wie auch theilzunehmen an den Segnungen des deutschen Kulturlebens, welche unter dem starken Schutze des Reichs stehen. Als treuem Bundesgenossen Sr. Majestät des Kaisers und Königs bringen alle Deutschen dem hohen Jubiläum, wie seinem Lande zu dem heutigen Tage die herzlichsten Segenswünsche dar. Um diesen Gefühlen würdigen Ausdruck zu geben, haben die kaiserlichen Majestäten Allerhöchsthochselbst sich nach Stuttgart begeben.

Zu den Vermählungsfeierlichkeiten am hiesigen Hofe wird noch folgendes nachzutragen: Das sogenannte Strumpfband, welches am Schluß des Hochzeitfestes zur Verteilung zu gelangen pflegt, besteht aus einem fertig gestellten Stück weißen Atlasbandes von etwa sechs Zoll Länge und zwei Zoll Breite mit einer ungefähr vier Zentimeter langen Goldfransen am unteren Ende. Darauf ist mit goldenen Buchstaben gefügt: 24. Juni, dann eine Krone und darunter der Name: „Luise“. Von diesem Bande wurden, wie die „St. Ztg.“ meldet, mehrere hundert Stück ausgeteilt, und die eingeladenen Gäste konnten sich davon nehmen. — Bei den diesmaligen Hofgesellschaften traten übrigens, wie das genannte Blatt weiter erzählt, die neuen Uniformen für die Reichsbeamten mit ihrer reichen Goldstickerei hervor. Die amnestierten Staatssekretäre, soweit sie nicht Staatsminister sind oder Militär- bzw. Marine-Uniformen tragen, erscheinen in der neuen Uniform, nämlich die Herren Freyh. von Maltzahn und von Nehlschlag; ebenso eine Anzahl von Räten erster und zweiter Klasse aus den Reichsämtern. Bei dieser Gelegenheit verläutet auch, daß die Verordnung über die Aenderung der Uniformen für die preussischen Beamten abgeschlossen ist. Ob ein früherer Angaben ist hierzu, sofern eine Aenderung erfolgt, daß die Knöchelchen (gemeinhin Escarpins genannt) nicht eingeführt werden, sondern ebenso, wie bei den Reichsbeamten, lange, weisse Einkeiler getragen werden sollen. — Die deutschen Schlosser haben dem neuvermählten Paar eine geschmackvolle Glückwunschkarte überreicht, sollen auch beabsichtigen, demselben ein Hochzeitsgeschenk, bestehend aus prämierten Ausstellungsobjekten, nachträglich überreichen zu lassen. — Bei den Hofgesellschaften war auch der Direktor der Kunstakademie, Professor Anton von Werner, zugegen, nicht nur als Gast, sondern auch in seiner Eigenschaft als Künstler. Während der Feier hat er einige Hauptmomente in schnell hingeworfenen Skizzen festgehalten, die später zu einem größeren Gemälde zusammengestellt werden sollen.

Zu den Erörterungen, welche über die Entsendung des Geh. Ober-Regierungsraths Gamp in das Ruhrkohlenrevier in der Presse angestellt worden, wird offiziell geschrieben: „Es ist zu bemerken, daß der genannte Beamte zwar im Nebenamt der vollwirtschaftlichen Abtheilung des Reichsamtes des Inneren angehört, im Hauptamt aber vorragender Rath im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe ist. In der preussischen Ressortverwaltung ist in der Natur der Sache liegt es begründet, daß sein Auftrag sich nicht bloß auf die angeordnete Untersuchung der Arbeitsverhältnisse, sondern auch auf diejenigen Maßnahmen bezieht, welche auf gewerblichem oder sozialpolitischem Gebiete zu ergreifen sein werden, um der Wiederkehr so schwerer Schädigungen des nationalen Erwerbslebens vorzubeugen, wie sie in dem laufenden Frühjahr durch den Ausbruch der Kohlengrubenarbeiter hervorgerufen sind. Diese Aufgabe verfallt sachgemäß in zwei Theile. Es kommen diejenigen Maßregeln in Betracht, welche geeignet sind, dem Wiedereintritt von Streiks vorzubeugen, sodann aber auch diejenigen, welche dazu dienen sollen, die nachtheiligen Folgen einer Unterbrechung der Kohlenproduktion für das deutsche Erwerbsleben und den Verkehr thätlich herabzumindern. In letzterer Beziehung wird an diejenigen Erörterungen zu erinnern sein, welche sich an die Reichstagsrede des Fürsten Bielowitz vom 18. vorigen Monats anknüpfen. In derselben trat der Gedanke in den Vordergrund, durch Ansammlung von Kohlenvorräthen den Gefahren eines Ausfalls in den Kohlenrevieren die Spitze abzubrechen. Der Durchführung dieses Gedankens würden neben den allgemeinen in der Natur der Sache liegenden Schwierigkeiten bezüglich des Ansehens noch besondere Hindernisse sich entgegenstellen, welche theils in der Beschaffenheit der Kohle, theils in den benutzten Raumverhältnissen, theils darin liegen, daß ein wesentliches Moment des Gedeihens für viele industrielle Etablissements in der Möglichkeit liegt, den Kohlenbedarf direkt von dem Wagon zu entnehmen. Es bedarf daher gerade hier besonders sorgfältiger und allseitiger Prüfung. Man wird sicher in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Studien und Erörterungen, mit denen Herr Gamp betraut ist, alle Seiten der Frage umfassen.“

Ohne diese „Studien und Erörterungen“ unterzögen zu wollen, können wir den Rath an alle Industriellen wiederholen, jederzeit ihren Kohlenbedarf für vier Wochen vorwärts zu halten. Dadurch würde jedem Kohlenarbeiter Streik, der nicht durch die Ansammlung sehr bedeutender Vorräthe von längerer Hand vorbereitet wäre, die Spitze abgebrochen.

Neuerdings wurde in der Presse wieder mehrfach ein Termin für den Gegenbesuch des Kaisers bei Kaiser Wilhelm angegeben. Die „St. Ztg.“ hat, aus zuverlässigster Quelle Erfundigungen eingeholen und festgestellt, daß alle diese Mittheilungen auf Erfindungen beruhen; wann der Besuch des Kaisers von Rußland in Berlin erfolgen wird, ist unbekannt.

Danzig, 25. Juni. Das Landungsmanöver des Panzergeschwaders in der Bucht von Gdingen begann gestern Vormittag 9 1/2 Uhr,

nachdem das Geschwader auf der Einfahrt verschiedene Geschichtsbildungen ausgeführt hatte. Sämmtliche 5 Geschwadergeschiffe gingen in der Nähe der Kirche von Dönhof vor Anker und formirten hier ihre Landungsstörps. Den Angriffspunkt bildeten wie bei früheren Manövern die Höhen von Dönhof, welche nach dreimaligem Angriff genommen wurden. Bald nach 1 Uhr war das Manöver beendet, und das Panzergeschwader ging nun auf die hohe See hinaus, während die Torpedobootsflotte nach Knefowasser zurück. Heute früh trief Prinz Heinrich wieder aus Berlin hier ein und bringt sich sofort an Bord der „Irene“, wonächst im Laufe des Vormittags das Geschwader nach Kiel abdampft.

Kissingen, 24. Juni. Ueber die bevorstehende Begrüßung der Kaiserin wird der „Augsb. Abendztg.“ geschrieben: „Wenn auch mit Rücksicht auf die inkognito reisende Kaiserin ein eigentlicher offizieller Empfang nicht stattfindet und Ihre Majestät am Bahnhofe nur von dem Regierungspräsidenten Grafen zurburg und dem königlichen Botschaftsminister und Bezirksamtamtmann Herrn v. Bechtolsheim und dem reichs. Bürgermeisterei Fuchs empfangen wird, so wird doch nichtsdestoweniger die hiesige Stadt ihren Gefühlen durch Dekoration der Straßen, welche die hohe Frau vom Bahnhofe bis zu ihrem erwählten Heim an der oberen Saline ziehen wird, Ausdruck geben. Geschmackvolle Ehrenporten werden aufgestellt, welche das deutsche Reichswappen tragen und mit Fahnen in den deutschen, preussischen und bayerischen Farben geziert werden. Ferner werden 100 kleinere Fahnen in Abständen von 40 Meter von einander angebracht. Beim Empfange werden die sämtlichen hiesigen Vereine mit ihren Fahnen und die Schützengilde Spalier bilden. Die Stadt selbst wird reich besetzt.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Juni. Bei der Verathung des Budgets des Auswärtigen in dem Budgetausschusse der österreichischen Delegation trat Graf Kalnohy in seinem Expose dem herrschenden Reformismus entgegen. Der Friede sei nicht gefährdet, obwohl die Situation schwankend und leicht veränderlich sei. Die Annahme, daß die Haltung der neuen rumänischen Regierung gegen Oesterreich-Ungarn feindselig gestimmt sei, sei eine irrige. So wenig Brattano antrophil, ebensovienig sei Carazziu ruffophil. Die Annahme, daß Serbien dauernd in der heutigen Aufregung verbleibe und die thätigste Entwicklung der auftretenden Rumpantereien versuchen werde, sei eine vorläufige. Serbien verfolge nicht über genügende Machtmittel zu Aggressivzwecken. Gegen Veruche, dort einen Heerd von aufwühlenden Unruhen zu schaffen, müsse sich Oesterreich-Ungarn allerdings pflichtgemäß wehren. Der wahre Grund des allgemeinen Gefühls der Unsicherheit liege in der Unzufriedenheit einiger Völker mit dem europäischen Rechtszustande und der systematischen Erweckung der nationalen Leidenschaften. Der feste Wille aller Monarchen, einen Bruch des Friedens zu verhindern, sei zweifellos. Das Gleiche gelte von den Regierungen, schon wegen der ungeheuren Dimensionen heutiger Kriege. Keinesfalls sei Oesterreich-Ungarn dafür verantwortlich, falls der Frieden bedroht würde. Was möglich sei, den Frieden zu erhalten, werde Oesterreich-Ungarn in voller Einigkeit mit seine Verbündeten thun. Das Verhältnis zu Deutschland sei ein warmes und fortwährend erfahrendes. Das Verhältnis zu Italien reiche vollkommen an das Bundesverhältnis zu Deutschland heran. Mit allen Staaten, einschließlich Rußland, beständen freundschaftliche Beziehungen.

Wien, 25. Juni. Im weiteren Verlauf der Debatte sprach Hr. v. Clemenetz an, ob das bisherige Verhalten der Regenten Serbiens mit deren freundschaftlichen Versicherungen übereinstimme. Graf Kalnohy erwiderte, die Interessen Serbiens sowohl, als die persönlichen Interessen der Regenten, welche verpflichtet und entschlossen seien, bis zur Geringfügigkeit des Königs in ihren Stellungen zu verbleiben, bieten gewisse Garantien. Die Rückberufung des Metropolitans Michael sei von der gegenwärtigen Regierung, so lange sie in der Opposition war, zu begehrt worden, als daß dieselbe vermindert werden könnte. Die Vereinigung aller Serben bilde ein ideales Programm. Es sei füglich zu unterscheiden, ob dieselbe bei ruhigen Zeiten theoretisch diskutirt; oder in einem Momente hochgradiger Erregung aufgeführt werde, wo die ganze panslawistische Presse Alles thue, um die Leidenschaften aufzustacheln. Auch solle man nicht die Wahlkämpfe vergessen, bei denen Einer den Andern durch fantasievolle Programme überbieten möchte. Graf Dohadowitz interpellirte wegen der zum Aufbruch österreichischer Serben aufzuführenden Proklamationen und wegen der Ausdehnung des Staudrechts in den Okkupationsgebieten. Graf Kalnohy erwiderte, die serbische Regierung habe die Proklamation sofort beschlaggenommen und die Urheber in Anlagenzustand versetzt. Der Reichsfinanzminister Kallay beantwortete die Interpellation betreffs der Ausdehnung des Staudrechts in den Okkupationsgebieten und erklärte, es handle sich nur um die Wiederherstellung der alldauernden Gerichtsbarkeit mit ganz geringfügiger Erweiterung freng jurisdiktorischer Natur zur Ausfüllung einer unbedeutenden Lücke. Zwischen dieser unbedeutenden Maßregel und den serbischen Ereignissen bestände keinerlei Zusammenhang. Auf Anfrage des Abg. Demel wegen des Katholikentags und Fernhaltung jeglicher Erörterung des Verhältnisses zu Italien bemerkte Kalnohy, es sei ihm von einer angeblichen Erörterung Nichts bekannt. Man thäte besser, vereinigte als trennende Punkte aufzuweisen. Italien habe seinen Irredentismus, das seine politische Gefühl der italienischen Staatsmänner habe sofort das Richtige betreffs des Katholikentags herausgefunden, welcher in anderen Ländern viel ausgiebiger verlautet habe, ohne eine Erörterung der Beziehungen der betreffenden Länder zu Italien zu veranlassen. Unter nochmaliger Betonung der freundschaftlichen Beziehungen zu Italien erklärte der Minister, er könne den praktischen Zweck der Anregung der Interpellation des Abgeordneten Demel nicht einsehen. Das Budget des Auswärtigen wurde hierauf mit

unbedeutenden Aenderungen genehmigt. Nächste Sitzung morgen.

Niederlande.

Amsterdam, 23. Juni. (Goff. Ztg.) „Der rebe, dein Recht hört“, ist man beinahe versucht zu sagen, wenn man sieht, wie die Regierung sich bereit, die Forderungen der Orthodoxen und Ultramontanen alsbald, nachdem sie ausgesprochen worden sind, zu erfüllen. Der „Standard“, das antirevolutionäre Blatt, hatte kürzlich darauf aufmerksam gemacht, daß, Limburg und Nordbrabant abgerechnet, in allen 9 Provinzen etwa 90 Prozent sämtlicher Bürgermeistereistellen in liberalen Händen sind und, daß es vor allen Dingen die Pflicht der Regierung sei, diese Minderheiten ein Ende zu machen. Diese Warnung schrieb sich letztere hinter die Ohren, und sie ernannte deshalb dieser Tage in Daasten einen Antirevolutionär zum reinen Wasser zum Bürgermeister; da derselbe zwar sehr stark und fest im Glauben, aber um so schwächer in der zur Verwaltung einer Gemeinde erforderlichen Kenntnissen ist und überdies mit seiner Muttersprache auf äußerst gespanntem Fuße stehen soll, so werden die vorgelegten Behörden ihre liebe Noth mit der Amtsführung des frommen Mannes haben. Auf der andern Seite beschwerte sich die ultramontane „Tijds“ darüber, daß die Katholiken bei der Wiederbesetzung erledigter Notariate — die Notare werden hier vom König ernannt — nicht in gehöriger Weise berücksichtigt werden, und alsbald wurden zwei Ultramontane auf erledigte Stellen berufen, deren bisherige Inhaber bis dahin Protestanten gewesen waren; damit ist aber die bisherige Gewohnheit, nach welcher der konfessionelle Standpunkt unter gehöriger Berücksichtigung der Seelenzahl der Bewohner der beiden Kirchen zur allgemeinen Zufriedenheit der Bevölkerung gehandhabt wurde, zu Gunsten der Ultramontanen einfach bei Seite geschoben.

Der Abgeordnete Seyffardt, ein Offizier, hat in der zweiten Kammer den Antrag gestellt, die beiden Jahrgänge, welche mit Ablauf des Sommers verabschiedet werden sollen, noch länger unter den Waffen zu halten, um die nächste Stärke der lebenden Streitkräfte nicht zu beeinträchtigen, da man, „sonst ein unverantwortliches Spiel spiele, dessen Einsatz die Unabhängigkeit des Landes sein könne“. Giebt übrigens die Regierung das ernste Verprechen, noch in diesem Herbst der Kammer das Gesetz über Einführung der persönlichen Dienstpflicht vorzulegen, dann ist der Abgeordnete bereit, seinen Antrag zurückzugeben.

Frankreich.

Paris, 25. Juni. Die heutige Kammereröffnung war überaus stürmisch. Madier de Montjan sprach über den Zeitpunkt, wann Laguerres Interpellation über die Vergewaltigung der Abgeordneten-Unverletzlichkeit in seiner Person vorgenommen werden solle, und verlangte die Vertagung bis nach Erledigung des Staatshaushaltsgesetzes, hierüber seien alle oder beinahe alle Republikaner einig. Jeune: Es giebt nicht bloß Kanakeln unter den Republikanern. Ungehöriger Lärm, Ruß: Zur Ordnung. Arcaud und Etienne schürzen sich auf Jeune, um ihn zu prügeln. Bocherrelangte und Andere halten sie heftig, die ganze Linke springt mit Tumult in den Halbkreis hinauf, Gelächter zur Ordnung! Vorstehender Melne fordert Jeune auf, sich zu erklären. Barodet: Reden Sie, die Kanakeln hören Ihnen zu. Jeune: Madier de Montjan sprach von der Einmütigkeit der Republikaner; ich antwortete, daß es unter den Republikanern viele ehrliche Leute gebe, die seine Meinung nicht theilen. Camille Dreyfus: Sie denken ihre Begehrtheit mit einer Kugel! Arcaud: Behalten Sie ihre Ehrlichkeitszeugnisse für sich! Jeune: Ich bekenne, daß ich mich alsdann eines nicht parlamentarischen Ausdrucks bediente. Ruß links: Die gewöhnliche Feigheit der Verleumder! andere Stimmen: hinaus! Der Tumult wütht. Jeune: Ich habe mich an keinen Kollegen besonders gewendet. Demmer: Natürlich, das macht die Beschimpfung für Sie weniger gefährlich. Jeune: Ich ziehe den Ausdruck zurück, weil er unparlamentarisch ist. Floquet: Bitten Sie die Kammer demüthigt um Verzeihung, und dann gehen. Die Kammer verhängt über Jeune die Zensur mit Ausschließung von den Sitzungen. Unter dem Geheiß der Linken: hinaus! hinaus! verläßt Jeune den Saal. Baron Dufour: Sie dort wird das Land hinauswerfen! Nach Beendigung dieses Zwischenfalls beruhigt sich die Kammer allmählich. Die Regierung wies den Angekommenen Staatsanwalt an, gegen das strafrechtliche Urtheil, als zu milde, Berufung einzulegen.

Paris, 25. Juni. Herr Arthur Meyer vom „Gaulois“, der mit seinem Sekretär Jean von Wölfing nach London zu Boulanger gereist ist, befreit in einem Brief an den „Radikal“ die Urheberlichkeit des Briefes an Jacques Meyer, in welchem dieser zur Fälschung von Schriftstücken aufgefordert wurde. Insofern hat er auch recht, als er den Brief nicht eigenhändig geschrieben hat, sondern durch seinen Sekretär hat schreiben lassen. Herr Meyer und sein treuer Knappe Wölfing werden wohl sobald nicht nach Frankreich zurückkehren.

Großbritannien und Irland.

London, 24. Juni. Zum Gouverneur der Kapkolonie und zum Generalgouverneur in Südafrika an Sir Hercules Robinson's Stelle ist der bisherige Gouverneur von Victoria, Sir Henry Loch, ernannt worden. Der Letztere wird keinen leichten Stand haben, denn die Kapkolonisten hängen an seinem Vorgänger, weil dieser den Satz „Afrika für die Afrikaner“ vertrat, während Sir Henry Loch berufen ist, in Afrika den Gedanken der Reichsheit wieder mehr zur Geltung zu bringen. Er ist 62 Jahre alt und hat eine 50jährige Laufbahn im Kolonialdienste hinter sich.

Die christliche Abordnung, welche 140,000 Christen der Insel vertritt, ist vom Kolonialsekretär, Lord Knutsford, in Audienz empfangen worden. Da die Mitglieder derselben nur griechisch sprechen, so mußte die Hälfte eines Dolmetschers in Anspruch genommen werden. Der Führer der Deputation, Erzbischof Sophronius, stellte dem Minister vor, daß Cypern mit 200,000 Einwohner zähle, welche 115,000 Kfr. an Steuern aufbringen müßten. Die Steuern würden das Volk zu schwer und sie könnten sie nicht mehr erzhwingen. Unter der türkischen Herrschaft seien die Steuern bedeutend geringer

gewesen, trotzdem der Ertrag der Landwirtschaft zu jener Zeit weit größer war. In positiven Forderungen stellte die Abordnung das Gesuch um Gründung eines Ackerbaudepartements und einer Bank und Beilegung der den Tabakbau beschränkenden Gesetzgebung. Lord Knutsford versprach, diese Angelegenheiten in eingehende Erwägung ziehen zu wollen, und versicherte der Abordnung, daß der Reichsregierung eine gerechte Behandlung ihrer cyprischen Unterthanen am Herzen liege.

London, 25. Juni. Admiral Tethbridge, der Befehlshaber der drei Panzerschiffe, welche den Schah von Persien bei seiner Einfahrt in die Themse begrüßen sollen, hat nach dem „Hamb. Korresp.“ seitens Instruktionen erhalten. Bei seinem letzten Besuche Englands hat nichts den persischen Herrscher so sehr außer Fassung gebracht, als daß die britischen Kriegsschiffe zu seiner feierlichen Begrüßung ihre Kanonensalven ertönen ließen. Wie er in seinem Tagebuche angibt, glaubte er, daß man ihn und sein Gefolge in die Luft sprengen wollte. Admiral Tethbridge hat deshalb Befehl erhalten, seine Begrüßungsschüsse aus angemessener Entfernung abzufeuern und nicht zu großen Lärm zu verursachen.

Italien.

Rom, 24. Juni. Der frühere Vorsitzende des Budgetausschusses der italienischen Deputiertenkammer, Luzzatti, ist unter die Unzufriedenen gegangen, seitdem er in Folge eines Besuchs der Kammer mit seinen Kollegen zurücktreten mußte. Die letztere fröh nämlich von den durch die Budgetkommission votirten Einnahmeverbindungen zwanzig Millionen Franks. Selbstverständlich ist es nun gerade Luzzatti, der in der Kammereröffnung vom 22. d. Mts. anscheinend seine Reue über sein früheres Niederlagen nehmen wollte, indem er unter anderem behauptete, daß anscheinend den Eisenbahnen von strategischem Interesse diejenigen vorgezogen würden, mit denen ein Wahlinteresse verbunden wäre. Den Ausführungen Luzzatti's ist jedenfalls unter diesen Verhältnissen keine besondere Bedeutung beizumessen. So verwickelte er sich denn auch selbst in allerlei Widersprüche, indem er gerade an die Wähler appellirte und von dem politischen Sinn der Regierung ein klares Programm verlangte, damit die Deputirten während der Ferien in ihren Wahlkreisen berichten könnten, wie das Gleichgewicht im Staatshaushalte hergestellt werden soll. Wie Luzzatti, darf auch ein anderer Malcontenter, Baccarini, bei seiner Opposition gegen den Konseilspräsidenten Crispi nicht allzu ernst genommen werden. In dieser Beziehung wird der „Polit. Korresp.“ vom 21. Juni aus Rom gemeldet:

Crispi kann seinen politischen Widerstachern nur dankbar für die Art und Weise sein, auf welche sie ihn und seine Politik bekämpfen, denn dieser Opposition verdankt er häufig bedeutende Erfolge, auch wo er sie nicht sucht. Vor kurzem erst waren es die radikalen Deputirten Imbrani und Cavalotti und in den letzten Tagen war es der ehemalige Minister Baccarini, welcher durch Einbringung ihrer gegen die Politik der Regierung gerichteten Anträge Herrn Crispi zu Siegen verhalfen und die Ohnmacht der Opposition erwiesen. Baccarini, früher ein sehr zweifelhafter und unzuverlässiger Freund, nun ein offener Gegner der Regierung, benützte die Gelegenheit der Diskussion des Budgets des Kriegsministeriums, um bei dem die Auslagen für die afrikanische Expedition betreffenden Kapitel eine längst erledigte Frage wieder auf das Tapet zu bringen. Schon vor mehreren Monaten hatte die Regierung mit Rücksicht auf die in Afrika ergriffenen Ereignisse und die eventuell seitens Italiens zu treffenden Maßregeln einen Nachtragskredit, beziehungsweise die Erhöhung des für das Spezialkorps von Afrika bewilligten Budgets von 8 Millionen um 3 Millionen verlangt. Bei dieser Gelegenheit war die Frage nach allen Richtungen hin besprochen und der Regierung die Vollmacht erteilt worden, nach ihrem Ermessen in Afrika vorzugehen, wobei noch zu bemerken ist, daß eben zu jener Zeit die Erwerbung von Keren und Assmara in Aussicht gestellt wurde. Der im Verlaufe der damaligen Debatte eingebrachte Antrag Baccarini's, daß die Regierung, bevor sie irgend etwas in Afrika unternähme, erst die vorhergehende Genehmigung des Parlaments anzufordern habe, wurde mit Majorität zurückgewiesen. Diese Erfahrung schreckte jedoch den sonst so vorrichtigen Baccarini von dem erneuerten Veruche nicht ab, der Regierung in derselben Frage Schwierigkeiten zu bereiten. Er brachte den Antrag ein, dem Kriegsminister die von ihm beanspruchten weiteren drei Millionen für die Expedition in Afrika nicht zu bewilligen und es anzusprechen, daß die Regierung, ehe sie neue Schritte in Afrika unternähme, die Bewilligung des Parlaments nachsuchen habe. Baccarini hatte damit die von der früheren der Regierung feindlichen Majorität des Budgetausschusses aufgeworfene, von der Kammer zu dessen Anknüpfen entschiedene Frage des Abstriches der drei Millionen im Kriegsbudget wieder hervorgehoben und seine frühere, von der Kammer entschiedene verworfene Motion wieder hervorgeholt, ein bei einem so geschulten und gewandten Parlamentarier, wie Baccarini, geradezu unbegreifliches Vergehen. Indem die Motion Baccarini's bei namentlicher Abstimmung mit erdrückender Majorität verworfen wurde, hat die Regierung, da Crispi die Vertrauensfrage gestellt hatte, einen neuen bedeutenden Sieg davongetragen.

Asien.

Ans Japan wird der „Münchener Allg. Ztg.“ geschrieben: Das eigenthümliche Verhältniß, welches darin bestand, daß von Seiten des japanischen Kriegsministeriums deutsche Generalstabsoffiziere neben französischen Instruktoren angestellt waren, hat seit einiger Zeit eine Veränderung erfahren. Die französischen Offiziere einschließlich des Musikmeisters wurden von ihrer Regierung hier abberufen und reifen demzufolge fürzlich von Japan ab. Zur Erklärung ist folgendes zu sagen. Als Japan nach den Ereignissen des Jahres 1868 auch die Reorganisation der Armee nach europäischem Vorbilde vorzunehmen beschloß, richtete es seine Augen nach Frankreich, das damals noch auf dem Höhepunkte der Glorie stand. In Folge eines mit der napoleonischen Regierung abgeschlossenen Vertrages kam dann eine Anzahl französischer Offiziere als Lehrmeister nach Japan, die sich

stolz „Mission française militaire au Japon“ nannten. Die Ereignisse des Jahres 1870 wirkten jedoch imponirend, daß die japanische Regierung von da an an Stelle Frankreichs Deutschland sich zum Vorbild zu nehmen beschloß, wiewohl die französischen Lehrmeister beibehalten wurden. Zunächst wurden die militärischen Verhältnisse Deutschlands an Ort und Stelle studirt. Seit 1884 wurden deutsche Generalstabsoffiziere engagirt. Zuerst kam Oberstlieutenant Medel, hierauf folgte Major von Blankenburg und diesem Major von Wildenbruch. Da die Ereignisse nach Ablauf ihrer Verträge und ihres Urlaubs wieder nach Deutschland zurückzuführen, so ist augenblicklich Major von Blankenburg allein noch hier thätig. Es wird allgemein geglaubt, daß das Zusammenstellen deutscher und französischer Offiziere auf dasselbe Tätigkeitsfeld etwas Bedenkliches hat; einmal aus theoretischen Gründen, da ja sowohl die Entwicklung und die Einrichtungen, als der Geist der deutschen und französischen Armee so verschieden sind, daß die Erreichung eines einheitlichen Erfolges ihre Schwierigkeiten haben muß. Eine andere Gefahr lag darin, daß in Folge des gespannten Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich leicht Empfindlichkeiten und Reibereien zwischen Offizieren hätten entstehen können. Dank der Vorsicht der japanischen Regierung, welche die Tätigkeitskreise sorgfältig trennte und Dank dem Takte der Offiziere ist es zu solchen Mißverständnissen nicht gekommen. Aber die Möglichkeit lag doch vor, und so muß man es für nicht ungerechtfertigt halten, wenn, wie behauptet wird, deutscherseits die fernere Ertheilung von Urlaub an aktive Offiziere zum Eintritt in japanische Dienste davon abhängig gemacht wurde, daß keine weiteren Engagements französischer Offiziere vorgenommen würden. Als dies zur Kenntniß der französischen Regierung kam, beschloß sie, sich nicht dem auszugeben, daß man die Verträge ihrer Offiziere ablaufen ließe, ohne sie von neuem zu verlängern oder Nachfolger zu berufen, und berief daher alle ihre Offiziere zu gleicher Zeit nach vor Ablauf der Verträge zurück. Die japanischen Zeitungen brachten damals die Meldung, daß die französische Regierung der japanischen gleichzeitig eröffnet habe, daß japanische Kadetten und Offiziere in Zukunft keine Aufnahme mehr in französische militärische Schulen finden würden. Doch wurde diese Mittheilung nachträglich für unrichtig erklärt. Sie wäre auch trotz der auf der Hand liegenden französischen Bestimmung kaum erklärlich. Die Frage, ob die freigegebenen Stellen nun durch deutsche oder andere Offiziere besetzt werden, oder ob sie überhaupt unbesetzt bleiben, läßt sich zur Zeit nicht beantworten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. Juni. Ein neues großstädtisches Unternehmen hat Herr Bernhard Mundt ins Leben gerufen, indem er im Anschluß an sein Verlegungs-Institut in dem Hause Breitenstraße 7 ein Sarg-Magazin eröffnet hat, in welchem besonders die praedolirten Metallsärgen, sowie die Steinräger durch kostbare Ausführung ausfallen.

Schwurgericht. Sitzung vom 26. Juni. (Siebenter Tag.) Meinesdache. Der auf der Anklagebank erscheinende Arbeiter Karl Milhenbeck, gebürtig aus Dirschbagen, 30 Jahre alt und als ein gewohnheitsdrinker und arbeitsloser Mensch bekannt, soll nach der attemäglichsten Darstellung am 3. Juli 1888 vor dem Amtsgericht zu Stettin einen wissentlich falschen Eid geleistet haben. Bei dem Tode seines Vaters ist ihm ein Legat zugefallen, das er formell in Höhe von 3-400 Mark dem Lehrer Mehrwein in Dirschbagen geschenkt haben will, trotzdem derselbe die Schenkung abgelehnt hat. Der Grund dafür war eine Forderung des Gerichts in Gollnow von etwa 260 Mark an den Angeklagten, gegen die er sein Erbeiseln sichern wollte. Als die Gerichtsstufe nicht befriedigt wurde, sollte Milhenbeck den Dirschbagerseits leisten. Bei dieser Gelegenheit versah die Angeklagte sein Gutdienen aus der Erbschaft, holte sich dasselbe aber einige Tage später selbst ab. Dieses ganze Verfahren wird als Scheinmanöver angesehen und die Geschworenen sprechen das „Schuldig“ auf „wissentlich falschen“ Eid aus, worauf der Staatsanwalt auf 4 Jahre Zuchthaus plaidirt. Der Gerichtshof erkennt auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 2 Jahre Polizeiaufsicht.

Das Reichs-Versicherungsamt hat unter dem 15. März d. J. (Nr. 717) ausgesprochen, daß die nach § 1 Absatz 2 des Unfallversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1887 von der Unfallversicherungspflicht befreiten Räderfahrzeuge, sofern sie auch zu Bugziele und Bergungszwecken verwendet werden, insoweit dies der Fall ist, als Seefahrzeuge beziehungsweise der Seefahrt verwandte Betriebe im Sinne des § 1 Absatz 1 Ziffer 1 und 2 des Unfallversicherungsgesetzes der See-Versicherungsgesellschaft anzugehören haben. § 1 Absatz 2 a. a. D. will nach der aus den Materialien zum Unfallversicherungsgesetz deutlich erkennbaren Absicht des Gesetzgebers die Fischerei nur als solche zunächst noch von der Unfallversicherung ausschließen. Die Befreiung von der Unfallversicherung greift deshalb nicht Platz, wenn das Räderfahrzeug zu einer anderen, an sich versicherungspflichtigen Thätigkeit — Bergen und Bugzügen — verwendet wird. Auch steht der § 2 Absatz 1 des Unfallversicherungsgesetzes dieser Auffassung nicht entgegen, da derselbe nur eine Grenzlinie zwischen der versicherungspflichtigen See- und Binnenfahrt aufstellt, nicht aber eine Unterscheidung von versicherungspflichtigen und nicht-versicherungspflichtigen Seefahrzeugen hat schaffen wollen.

Von der Kunst-Ausstellung.

Die diesjährige Kunst-Ausstellung geht ihrem Ende entgegen, denn bereits am nächsten Sonntag, den 30. d. M., erfolgt der programmatische Schluß. Der Besuch derselben entspricht nicht ganz den Erwartungen und dies ist deshalb besonders zu bedauern, weil gerade die 11. Abtheilung der Ausstellung in reicher Fülle ganz vorzügliche Gemälde bietet, welche jeden Kunstfreund entzücken müssen, und auch für den Laien durch ihre Farbenpracht und ihre gelungene Ausführung Interesse erregen müssen. Selten hat die Ausstellung so große Abwechslung an werth-

